



(Neu Delhi/dpa/22.8.2003) Das undatierte Archivbild zeigt Heilige Kühe auf einer belebten Straße in Neu Delhi. Trotz eines von der indischen Regierung bereits verabschiedeten Schlachtverbots droht den in Indien als heilig verehrten Kühen zunächst weiter ein Ende auf der Metzgertheke. Nach Tumulten unter den Abgeordneten brachte die Regierung ihr «Gesetz zur Vermeidung von Grausamkeiten gegen Kühe» am Donnerstag entgegen der ursprünglichen Planung nicht ins Parlament ein. Das Gesetz ist ein Wahlversprechen der hindu-nationalistischen BJP von Ministerpräsident Atal Behari Vajpayee.

Heilige Kühe in Indien

Indiens «heilige Kühe» sollen auf Kosten der Armen geschützt werden

Von Can Merey, dpa

(Neu Delhi/dpa) - Indien streitet um den Schutz seiner «heiligen Kühe»: Die Regierung scheiterte am Donnerstag im Parlament in Neu Delhi überraschend damit, ein «Gesetz zur Vermeidung von Grausamkeiten gegen Kühe» einzubringen, wonach das Schlachten der Tiere künftig mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft würde. Doch der Druck auf die Regierung wächst: Hindu-Fundamentalisten fordern den Rücktritt von Ministerpräsident Atal Behari Vajpayee, sollte das Schlachtverbot nicht bald verabschiedet werden. Das Gesetz ist ein altes Wahlversprechen von Vajpayees hindu-nationalistischer BJP.

In einem Land, in dem rund die Hälfte aller Menschen unterhalb der Armutsgrenze leben müssen, muten die Bemühungen um das Wohlergehen der Kühe sonderbar an. Zudem ist das Schlachten von Kühen ohnehin bereits in fast allen Bundesstaaten verboten. Mit dem landesweiten Verbot dürfte die BJP vor den im Laufe des Jahres anstehenden Wahlen in wichtigen Bundesstaaten bei Hindu-Hardlinern punkten wollen. Im kommenden Jahr stehen zudem Parlamentswahlen an.

Der Schutz der Kühe ist ein großes Politikum. Vajpayee geriet vergangenes Jahr unter Druck, als in seinem Heimat-Bundesstaat Madhya Pradesh Plakate auftauchten, auf denen «Die Kuh ist unsere Mutter, und Atal isst sie» zu lesen war. Der Regierungschef beeilte sich zu versichern: «Ich würde lieber sterben, als Rindfleisch essen.»

Je näher die Wahlen rücken, um so bizarrere Blüten treibt die Debatte. Die indische Tierschutzbehörde fordert inzwischen allen Ernstes eine paramilitärische Kuhschutz-Polizei und die Schaffung einer Kommission zum Wohlergehen der Kühe. Eine Kommission für das Wohlergehen der Kinder gibt es in Indien nicht.

Sollte das Gesetz zum Schutz der Kühe in Kraft treten, dürfte das schlimme Konsequenzen für die Ärmsten der Armen haben, kritisieren Gegner der Pläne. So essen etwa Angehörige der teils bis heute als «unberührbar» diskriminierten Kasten das von höheren sozialen Schichten meist verschmähte billige Rindfleisch. Kancha Ilaiah, ein Aktivist der «Dalit» (Unterdrückte), wie sich die Kasten nennen, warnt: «Die meisten der Armen würden verhungern, wenn das Verbot kommt.»

Doch zumindest für manche Inder zählt das Leben einer Kuh mehr als das eines Menschen - zudem, wenn er ein «Dalit» ist. So wurden im Oktober vergangenen Jahres fünf Angehörige der diskriminierten Kasten vor den Augen der Polizei gelyncht, weil sie angeblich eine Kuh geschlachtet hatten. Erst im Juli wurde aus demselben Grund ein ganzes Dorf in Brand gesteckt.

Kritiker halten die Kuhschutz-Debatte für scheinheilig. Da die Tiere in den meisten Bundesstaaten nicht geschlachtet werden dürfen, werden sie meist einfach vom Hof gescheucht, wenn sie keine Milch mehr geben. 100 000 Kühe streunen nach der Schätzung einer indischen Zeitung alleine durch die Straßen der Hauptstadt Neu Delhi – und vegetieren in der 14-Millionen-Metropole teils unter erbärmlichen Bedingungen vor sich hin.

Die Tiere werden bei Unfällen mit Autos verkrüppelt, leiden unter Krankheiten und ernähren sich von Abfällen in der Gosse. Und so fragt der prominente Dalit-Politiker Udit Raj denn auch mit Blick auf die orthodoxen Hindus: «Wenn die Kuh ihre Mutter ist, warum behalten sie sie dann nicht zu Hause, statt sie Müll essen zu lassen?»

Aus: glaubeaktuell:Nachrichten / 22.8.2003